Geschäftsbericht des Landrats zum Kreistag am 29.9.2021

Büro Landrat

1. Sachstandsbericht mit Blick auf die Infrastrukturanpassung im Umfeld der Tesla-Gigafactory

Am 23.6.2020 habe ich dem Kreistag die Studie "Grow Together", die im Rahmen der kommunalen Steuerungsgruppe erarbeitet wurde, vorgestellt.

Darin wurden aus der Sicht der Bürgermeister sowie der Amtsdirektoren und des Landrates die infrastrukturellen Anpassungsbedarfe aufgezeigt, die eine reibungslose Einbindung der Giga-Factory in die ländlich geprägte Gebietskulisse im Umgebungsraum des Produktionsstandortes in Grünheide zwingend erfordern.

Der Kreistag hat deshalb, nachdem der Produktionsbeginn bei Tesla noch für das vierte Quartal 2021 seitens des Unternehmens angekündigt wurde, nachvollziehbar eine aktuelle Bestandsaufnahme der infrastrukturellen Entwicklungsfortschritte in Abgleich mit der „Grow Together-Studie“ angemahnt.

Diese hat die Kreisplanung unter der Verantwortung der Beigeordneten, Frau Teltewskaja, und in enger Abstimmung mit dem Dezernat des 1. Beigeordneten, Herrn Gehm, sowie der unmittelbar betroffenen Kommunen, jetzt vorgelegt.

Die Zusammentragung des umfangreichen Materials stellt eine veritable Fleißaufgabe dar, die sich mit Blick auf die Bedeutung des

Ansiedlungsvorhabens rechtfertigt und dem Kreistag eine gute Grundlage bietet, um das Ansiedlungsvorhaben auch weiterhin kommunalpolitisch zu begleiten und die entsprechenden Schlussfolgerungen daraus zu ziehen.

Mit Blick auf den Umfang der Erhebung und auch die Detailtiefe wurde es seitens der Fraktionen im Kreisausschuss für notwendig gehalten, neben einer ersten kommunalpolitischen Bewertung im September-Kreistag eine weitere tiefgründigere Diskussion in den thematisch berührten Fachausschüssen des Kreistages zu führen.

Damit wird auch dem zunehmenden Informationsinteresse der Öffentlichkeit Rechnung getragen, denn wie wir mit Blick auf Fragen aus der Bürgerschaft etwa im letzten Kreistag gesehen haben, ist das Informationsbedürfnis in der Bevölkerung auch trotz der breit genutzten Informationskanäle seitens der Verwaltung von der veröffentlichten Studie Grow Together über die Geschäftsberichte des Landesrates, die Einbindung des 1. Beigeordneten und des Landrates in öffentliche Veranstaltungen und Podiumsdiskussionen, die umfangreiche Berichterstattung der Märkischen Oderzeitung und des RBB bis zur Wirtschaftswoche, der New-York-Times und des ZDF (Frontal 21) offensichtlich noch nicht ausreichend abgedeckt – bzw. Politik und Verwaltung haben hier noch nicht die erwarteten Antworten gegeben.

2. Einbindung in die deutschlandweite Solidarität gegenüber der Bevölkerung in den durch die Flutkatastrophe in Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz heimgesuchten Gebieten

Die Bilder, die wir nach dem 14. und 15. Juli von der Flutkatastrophe in Rheinland-Pfalz und in Nordrhein-Westfalen, insbesondere aus dem

Ahrtal gesehen haben, ließen niemanden in unserer Region, 24 Jahre nach der Oderflut 1997, unberührt.

Gerade bei denjenigen, die unmittelbar betroffen waren, in der Ziltendorfer Niederung und im Oderbruch, werden traumatische Erinnerungen wieder wach.

Zu diesem Zeitpunkt war das ganze Ausmaß des Schreckens allerdings noch nicht annähernd abzusehen. Mittlerweile – 2 Monate später - wissen wir, dass aufgrund dieser schrecklichen Ereignisse über 180 Menschenleben zu beklagen sind und immer noch nach Vermissten gesucht wird. Die infrastrukturellen Schäden erreichen das unvorstellbare Maß von 30 Milliarden €.

Es wird prognostiziert, dass der Wiederaufbau fünf Jahre andauern wird, entlang der Ahr sind mehr als 70 % aller Gebäude schwer geschädigt, 467 Gebäude wurden durch die Flut am 14. Juli komplett mitgerissen. Gegenwärtig ist nicht einmal klar, ob die zerstörten Gebäude an der ursprünglichen Stelle wiederaufgebaut werden können oder man zunächst großflächige Flächenaustausche organisieren muss.

Wie mir der 1. Beigeordnete des Landkreises Ahrweiler, Horst Gies, in einem Telefonat schilderte, ist man gegenwärtig dabei, den Menschen, die es in ihre zerstörten Ortschaften auf ihre Grundstücke zurückzieht, Wohnwagen und sogenannte Tiny-Häuser zur Verfügung zu stellen und darüber hinaus grundstücksscharf die Möglichkeiten des Wiederaufbaus zu klären.

Gerade für uns als Landkreis Oder-Spree und damit dem hauptbetroffenen Landkreis in der Oderflut 1997 ergibt sich daraus die

sittliche Pflicht, auch als Institution Landkreis eine ähnliche Solidarität aufzubringen, wie wir sie im Jahr 1997 erfahren haben.

Diese Solidarität leisten wir in verschiedener Hinsicht:

Zunächst haben wir uns mit unseren Feuerwehren und dem Katastrophenschutz in die vom Land Brandenburg koordinierten Unterstützungsmaßnahmen eingebunden. Diesbezüglich mussten wir allerdings um Verständnis dafür bitten, hier nicht in der ersten Reihe stehen zu können, da insbesondere unsere Feuerwehrkameradinnen und Kameraden über ein Jahr immer wieder in die Fallwildsuche bei der Bekämpfung der Afrikanischen Schweinepest eingebunden waren. Wir mussten also auf diese Dauerbelastung Rücksicht nehmen.

Gleichwohl waren wir mit 16 Kameraden und mit mehreren Fahrzeugen der Logistikunterstützung vom 5. bis zum 15. August an diesem Einsatzgeschehen beteiligt.

Mit Blick auf diesen Einsatz sind Landrat, Kreistagsvorsitzender und die Fraktionsvorsitzenden übereingekommen, die Kameradinnen und Kameraden, die als tätige Botschafter des Landkreises Oder-Spree über zehn Tage bis zur Erschöpfung bei den Aufräumarbeiten geholfen haben, heute hier in den Kreistag einzuladen, um Ihnen allen Gelegenheit zu geben, die Eindrücke aus dem Einsatzgeschehen authentisch von diesen geschildert zu bekommen.

Dieser Einsatz führt uns die nicht hoch genug einzuschätzende Bedeutung des Ehrenamts Feuerwehr deutlich vor Augen und bietet einen guten Anlass, dieses Einsatzgeschehen, das für viele andere aufopferungsvolle Einsätze steht, in unserer Mitte zu würdigen.

Mit Blick darauf, dass wir 1997 aus den Spenden, die uns die hohe Hilfsbereitschaft in ganz Deutschland beschert hat, alle nichtversicherten Schäden im Landkreis Oder-Spree abdecken konnten und das überschüssige Spendenaufkommen an die polnische Nachbarschaft weiterreichen konnten – das Spendenaufkommen belief sich insgesamt auf 110 Millionen DM – entspricht es gerade zu einer sittlichen Verpflichtung, dass der Landkreis auch als solcher sichtbar in Erscheinung tritt.

Deshalb wurde in der Verwaltungskonferenz angeregt, hier neben Spenden aus der Bürgerschaft auch eine Zuwendung aus Haushaltsmitteln zu ermöglichen.

Es handelt sich dabei allerdings nicht um den rechtlich unbedenklichen Klassiker einer Zuwendung an eine in Not geratene Partnerkommune, sondern um eine Zuwendung, die in einem Verhältnis geringerer kommunaler Verbundenheit getätigt wird und daher einer besonderen Rechtfertigung bedarf.

Insofern war diese Frage zunächst intern zu klären. Das interne Prüfungsergebnis durch den Rechtsdezernenten und das RPA fiel positiv aus, sodass ich mit dieser Anregung in der Sommerpause am 26.7.2021 per Videokonferenz auf die Fraktionsvorsitzenden zugetreten bin, um auch die Zustimmung des Haushaltssouveräns einzuholen.

Ich bin den Fraktionsvorsitzenden außerordentlich dankbar, dass nicht nur meine Anregung aufgegriffen wurde, sondern der von mir ins Spiel gebrachte Betrag von 100.000 € als Ausgangssumme für weitere private Spenden einvernehmlich auf 200.000 € erhöht wurde.

Auch der Sparkasse Oder-Spree ist hier zu danken. Sie hat einen namhaften Betrag beigesteuert, sodass wir im Moment neben der

kreislichen Zuwendung ein Spendenaufkommen von weiteren 43.000 € ausweisen können.

Schwierig gestaltete sich allerdings die Suche eines geeigneten Unterstützungsobjekts. Zum einen deshalb, weil der Landkreis die ordnungsgemäße Verwendung von Haushaltsmitteln durch Rechnungslegung nachweisen muss. Andererseits haben wir mehrere Wochen damit zugebracht, immer wieder mit Kommunen vor Ort ins Gespräch zu kommen, was sich angesichts des auch organisatorischen Chaos und mangels einer detaillierten objektbezogenen Schadensübersicht als ausgesprochen kompliziert erwies.

Wir haben allerdings durch Vermittlung der Feuerwehrkameraden mit dem Ortsbürgermeister der Gemeinde Ahrbrück, Herr Radermacher, und mit dem Ortsbürgermeister der Gemeinde Hönningen, Herrn Schwarzmann, vor Ort Kontakt aufgenommen und dieser hat seinerseits seine Drähte zum Kreis Ahrweiler genutzt, sodass wir seit einer Woche einen passenden Spendenzweck zugearbeitet bekommen haben. Dieser bezieht sich auf einen kommunalen Kindergarten in der Gemeinde Hönningen, der nicht nur wieder instand zu setzen, sondern aufgrund seiner Lage mit einer Schutzdeichumwehrung zu versehen ist. Der Kindergarten stand komplett unter Wasser und bedarf einer grundlegenden Sanierung. Die Kosten dafür werden auf 750.000 € geschätzt. Wir wissen, dass das Bundesprogramm nur 80 % der Schäden abdeckt, so dass gerade für die kleinen Kommunen ein schmerzender Eigenanteil zu leisten ist.

Wir werden hier einen Teil des Geldes entsprechend unseren Festlegungen sinnvoll einsetzen können.

Weiterhin wird derzeit geprüft, ob ein Feuerwehrfahrzeug, welches zur Aussonderung ansteht, mit Spendenmitteln nochmals soweit zu ertüchtigen ist, dass es für mehrere Jahre in den betroffenen Gemeinden noch in den Einsatz gehen kann. Zur Vermeidung von Obdachlosigkeit hatte bereits der Bürgermeister der Stadt Eisenhüttenstadt, Herr Balzer, die Zurverfügstellung von Wohnungen über den Winter angeboten. Soweit sich hier Bedarfe ergeben, wäre auch das eine sinnvolle Verwendung der Spendenmittel. Diese Fragen lassen sich aus der Sicht des ersten Beigeordneten des Landkreises Ahrweiler, Herr Lies, aber derzeit aus dem Stand nicht beantworten. Man arbeite gegenwärtig an einem Unterbringungskonzept mit den oben bereits erwähnten Möglichkeiten.

3. Information über die Gründung der Günter-de-Bruyn-Stiftung

Wie Sie den Medien entnehmen konnten, ist am 4.10.2020 unser Ehrenbürger, Dr. h.c. Günter de Bruyn verstorben. Günter de Bruyn hat den wesentlichen Teil seines Vermögens, d. h. die alte Schäferei – ein Gehöft im Ortsteil Görzdorf, der Gemeinde Tauche, auf dem er wohnte und auch sein Bibliotheksgebäude nebst den Verwertungsrechten aus seinem literarischen Schaffen in eine gemeinnützige Stiftung eingebracht.

Die Stiftung verfügt über einen Stiftungsrat, der aus bis zu sieben Personen besteht. Aus Gründen der engen Verbundenheit Günter de Bruyns mit dem Landkreis Oder-Spree hat er Wert daraufgelegt, dass der Landrat/Landrätin des Landkreises geborenes Mitglied dieses Stiftungsrates sein soll.

Ich möchte Ihnen daher mitteilen, dass ich diesen Sitz für den Landkreis in der konstituierenden Sitzung des Stiftungsrates am 28.07.2021 eingenommen habe.

Zweck der Stiftung ist die weitere Erschließung des literarischen Werkes von Günter de Bruyn sowie die Pflege und die Zugänglichmachung für die Öffentlichkeit.

Dezernat I

Zweiundvierzig (Stand 22.09.2021) Neuinfektionen mit dem SARS-CoV-2-Virus wurden im Landkreis Oder-Spree während der vergangenen sieben Tage registriert. Die 7-Tage-Inzidenz liegt damit bei 23,4 - der Wert für Brandenburg bei 39,4. Mit der Dritten SARS-CoV-2-Umgangsverordnung hat der Gesetzgeber zusätzlich zur bekannten 7-Tage-Inzidenz weitere Indikatoren für die Beurteilung der pandemischen Lage eingeführt. Die 7-Tage-Inzidenz gibt die Anzahl der Daten des Robert Koch-Instituts in den letzten sieben Tagen neu gemeldeter Corona-Virus-Fälle pro 100.000 Einwohner an und bleibt somit als erster Frühindikator auch weiterhin erhalten. Künftig wird in die Beurteilung die 7-Tage-Hospitalisierungsinzidenz als Leitindikator einbezogen. Diese bezieht sich auf die Anzahl der Personen, die mit COVID-19 innerhalb der letzten sieben Tage stationär aufgenommen wurden. Darüber hinaus werden als weitere Indikatoren sowohl die Impfquote als auch die Auslastung der Intensivbetten betrachtet.

Aktuell besteht in der Kontaktpersonennachverfolgung im Gesundheitsamt eine sehr hohe Arbeitsbelastung. Trotz der momentan noch moderaten Inzidenz an Positivmeldungen muss bei vielen Fällen, vor allem bei Kindern und Jugendlichen, eine sehr große Anzahl von Kontaktpersonen (Schulklassen, Hort, Kitagruppen, Sportvereine)

ermittelt und betreut werden. Das Gesundheitsamt ist auf eine mögliche 4. Welle organisatorisch vorbereitet. Ab einer 7-Tage-Inzidenz von 50 pro 100.000 Einwohner muss das Gesundheitsamt wieder bei der Pandemiebekämpfung von Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen anderer Verwaltungsbereiche der Kreisverwaltung unterstützt werden. Hierzu wurde ein Stufenkonzept zur Personalplanung entwickelt, welches den Einbezug von bis zu 105 Mitarbeiter*innen anderer Ämter unseres Hauses regelt. Dieses wurde mit allen beteiligten Vorgesetzten und Mitarbeiter*innen abgestimmt und kann kurzfristig, der pandemischen Lage angepasst, umgesetzt werden.

Leider ist es der Kreisverwaltung bis heute nicht gelungen, die Stelle des Amtsarztes nachzubesetzen. Im Ausschreibungsverfahren im Mai 2021 konnte kein geeigneter Bewerber ausgewählt werden.

Bundesweit gibt es viele unbesetzte Amtsarztstellen im Öffentlichen Gesundheitsdienst. Aufgrund dessen ist davon auszugehen, dass unsere vielfältigen Bemühungen, wie z.B. Anzeigen in entsprechenden Fachzeitschriften und Onlineportalen zur Nachbesetzung voraussichtlich erfolglos bleiben werden. Aufgrund der Stellenvakanz der Amtsarztstelle ist es kurzfristig angedacht, eine Verwaltungsleitung im Gesundheitsamt ab 01.10.2021 zu installieren. Diese soll die administrativen und organisatorischen Aufgaben erledigen sowie den Kolleginnen und Kollegen und allen externen Partnern als fester Ansprechpartner zur Verfügung zu stehen.

Neben der Kontaktpersonennachverfolgung ist das Impfen die wichtigste Säule bei der Eindämmung der Pandemie. Wie bereits berichtet, konnte das Impfprojekt des Landkreises Oder-Spree mit Unterstützung des Krankenhauses Beeskow, des Krankenhauses

Eisenhüttenstadt, des Helios Klinikums und mit Unterstützung niedergelassener Ärzte in Schöneiche, Erkner, Briesen, Woltersdorf, Bad Saarow und Grünheide erfolgreich umgesetzt werden.

Im Zeitraum von März 2021 bis zum heutigen Tag wurden über 41.000 Impfungen verabreicht. Somit konnten 20.000 Bürgerinnen und Bürger den Vollschutz durch eine Zweitimpfung mit den Impfstoffen BioNTech/ Pfizer und Johnson und Johnson erlangen.

Zudem wurde am 13.08.2021 allen weiterführenden Schulen des Landkreises ein Impfangebot unterbreitet. Bereits in 14 Schulen des Landkreises fanden Impfaktionen statt. Schülerinnen und Schüler im Alter von 12 bis 18 Jahren nahmen das Impfangebot in Anspruch und wurden auf dem Schulcampus vom mobilen Impfteam des Gesundheitsamtes geimpft. Im Oktober und November finden die Zweitimpfungen in den Schulen statt. Diese Aktionen sind auch auf eine breite organisatorische Unterstützung der Schulen zurückzuführen.

Um niederschwellige Impfangebote zu unterbreiten, wurden weiterhin Impfaktionen auf dem Stadtfest in Fürstenwalde, dem Familienfest in Beeskow sowie auf einem Musikfestival auf der Burg Friedland organisiert. Der organisatorische Aufwand stand dabei nicht im Verhältnis zum Nutzen, es wurden jeweils nur wenige Personen geimpft.

In der Kreisverwaltung am Standort Beeskow werden seit dem 28.08.21 Impftermine angeboten. Mit und ohne Termin können sich Impfwillige samstags in den Räumen der Kreisverwaltung impfen lassen.

Alle diese Aktionen haben dazu beigetragen, den Impfstatus in der Bevölkerung des Landkreises zu verbessern. Jedoch reicht die momentane Impfquote von 55,8 % mit mindestens einer verabreichten Impfung und 50,2 % an vollständigem Impfschutz (Auswertung aller Impfstränge nach Landkreisen des Landes Brandenburg) nicht aus, um

die gewünschte Herdenimmunität zur Eindämmung der Pandemie zu erreichen.

Der Impfstab des MSGIV wird seine Tätigkeit zum 30.09.2021 einstellen. Ab dem 01.10.2021 soll das Impfen somit in das Regelsystem überführt werden, das heißt, dass die Impfungen in den Arztpraxen erfolgen sollen und die Kostenerstattung über die KVBB geregelt wird. Die Impfzentren in Frankfurt/ Oder und Schönefeld stellen ihren Betrieb ebenfalls ein. Die Rahmenbedingungen zur Aufrechterhaltung unserer kommunalen Impfangebote werden deshalb zukünftig um ein Vielfaches schwieriger. Dennoch haben wir uns entschieden, mit Unterstützung des Krankenhauses Beeskow, kleine kommunale Impfangebote aufrecht zu erhalten. So werden die Impfungen, insbesondere Zweitimpfungen an den Schulen, bis vorerst Ende November weitergeführt. Auch das samstägliche Impfangebot am Verwaltungsstandort in Beeskow bleibt bis November 2021 erhalten. Es wird von den Bürgerinnen und Bürgern bisher gut angenommen und hat sich als verlässliches Angebot in der Region etabliert.

Das Land beabsichtigt, weiterhin ein bis zwei mobile Impfteams für die Booster-Impfung in Altenheimen und Heimen der Eingliederungshilfe in den Landkreisen zu finanzieren. Derzeit werden die erforderlichen Regularien landesseitig noch geprüft und in Vertragsform gegossen. Es ist davon auszugehen, dass der Impfstoff nach der aktuellen Impfverordnung über das Gesundheitsamt als berechtigter Leistungserbringer im Apothekengroßhandel bezogen werden muss.

Dezernat II

Wie schon im Kreisausschuss und im Finanzausschuss berichtet wurde, war es wegen der fehlenden Orientierungsdaten erforderlich den Haushaltsplan und die Beratung hierzu jeweils um eine Kreistagssitzung zu verschieben. Hintergrund ist der Umgang des Landes mit den zu erwartenden Mindererträgen und der Verteilung im Finanzausgleich. Zwischenzeitlich liegen die Orientierungsdaten vor, sodass die Arbeiten fertiggestellt werden können und die Beratungen hierzu dann auch vorbereitet werden können, insbesondere die Runde zur Vorerörterung mit den Gemeinden organisiert werden kann. Die frühzeitige Erörterung des Haushaltes mit den Gemeinden ist eine Obliegenheit des Kreises.

Im Gegensatz zu den bisher zugänglichen Informationen zeichnet sich nach den jetzt vom Land übermittelten Orientierungsdaten ab, dass sich die Lage etwas entspannt, sodass die Defizite nicht so hoch ausfallen werden wie zunächst angekündigt.

Im Hinblick auf die Beteiligungsverwaltung konnten wichtige Vorhaben vorangetrieben werden. Vorbereitet wird zur Zeit der Grundstückskauf durch die Senioren- und Pflegeheim GmbH des Landkreises in Eisenhüttenstadt. Hierzu liegt ein Kaufangebot der GeWi Eisenhüttenstadt für ein geeignetes Grundstück vor. Nach Abschluss der Kaufpreisverhandlungen wird der Dezemberkreistag mit der Vorlage befasst werden.

Im Rettungsdienst konnte der Tarifvertrag mit der Gewerkschaft und der Verhandlungskommission unter Dach und Fach gebracht werden, sodass wir jetzt für die nächste Zeit den Rettungsdienst, was das

Tarifgeschehen betrifft, geordnet haben. Dies ist wichtig im Hinblick auf den im Rettungsdienst existierenden Arbeitnehmermarkt um hier letztlich bei der Personalgewinnung erfolgreich bestehen zu können. Durch die Ausbildung der vergangenen Jahre konnten die Personallücken geschlossen werden. Dieser Zustand ist allerdings immer ein vorübergehender, da durch Fluktuation und durch Altersabgänge permanent Nachwuchs auch herangeführt werden muss bzw. Mitarbeiter auch gewonnen werden müssen. Durch die tariflichen Regelungen und insbesondere, dass das Schichtsystem einen großen Zuspruch findet, ist die Rettungsdienst GmbH jetzt in diesem Punkt gut aufgestellt. Des Weiteren ist der Internetauftritt fertiggestellt und freigeschaltet.

Für das Krankenhaus Oder-Spree in Beeskow sind die Tarifverhandlungen auch nahezu abgeschlossen. Die Verhandlungen mit Gewerkschaft und Verhandlungskommission verliefen ergebnisorientiert in einem konstruktiven Gesprächsklima. Die Ergebnisse müssen noch durch die Tarifkommission und die Gewerkschaftsgremien gebilligt werden. Mit der vorgesehenen längeren Laufzeit ist dieses Thema zu mindestens so geregelt, dass jetzt mit der Abarbeitung der ansonsten noch anstehenden Fragen begonnen werden kann. Mit dem Entfallen der Sonderzahlungen wegen der Einschränkungen der Corona Pandemie auf den normalen Krankenhausbetrieb wird die Entwicklung der eingebrochenen Fallzahlen im Vordergrund der Geschäftstätigkeit stehen und die Strukturentwicklung, um den Tarifabschluss in Zukunft auch zu verdienen.

Das Innenministerium hat hinsichtlich des Projektes in Schöneiche, wo der Landkreis Wohnungen für die Unterbringung von Migranten und sozial Bedürftigen errichten will, Gesprächsbedarf angemeldet. Hier wird

zunächst das Projekt dem Innenministerium vorzustellen sein, um hier ein Einvernehmen zu erhalten. Kritikpunkt ist nicht die Unterbringung von Asylbewerbern oder Migranten für die der Landkreis zuständig ist, sondern für die Errichtung von Sozialwohnungen. Die Klärung der Fragen mit dem Innenministerium hat Priorität bevor diesem Projekt Fortgang gegeben wird.

An dieser Stelle soll auf die mündliche Nachfrage von Dr. Pech von der Fraktion Die Linke aus der Kreisausschusssitzung am 09.09.2021 zur Umsetzung des Nahverkehrsplans eingegangen werden:

Entsprechend den Vorschlägen aus der Angebotsgestaltung im Verflechtungsraum Berliner Umland soll die Linie 420 neben einer Angebotsverdichtung zwischen Erkner und Schöneiche nach Norden erweitert werden. Sie bindet damit zum einen das Gewerbegebiet Schöneiche Nord an (ggf. auch mit einem Verlauf durch das Gewerbegebiet) und stellt zum anderen eine weitere Verbindung mit der Ostbahn bzw. der S-Bahnlinie 5 in Neuenhagen her. Der Landkreis Oder-Spree hat die Anregungen aus der Gemeinde Schöneiche und vom Landkreis MOL für diese Linie aufgegriffen. Da der Streckenverlauf aber zum Teil im Gebiet des Landkreises MOL liegt, sind Abstimmungen erforderlich.

Die Schöneicher-Rüdersdorfer Straßenbahn GmbH (SRS) hat vorgeschlagen, die Verbindung Schöneiche, Dorfaue <> S Neuenhagen mit einem Elektrobuss der SRS herzustellen. In diesem Fall würde die Neuplanung der Linie 420 nach Neuenhagen entfallen.

Dazu fand eine Abstimmung zwischen dem Landkreis LOS und MOL Ende August dieses Jahres statt. Gleichzeitig wurden die BOS GmbH und die SRS GmbH eingebunden.

Ergebnis dieser Beratung war:

1. Eine Umsetzung zum Fahrplanwechsel 2021/2022 ist unrealistisch, da weder zusätzliche Fahrzeugkapazitäten noch Personal zur Verfügung stehen.
2. Die genehmigungsrechtlichen Voraussetzungen – Linienweg von Schöneiche nach Neuenhagen – liegen nicht vor und es sind Abwägungen zu treffen, wer Genehmigungsinhaber für weitere Planungen sein soll.
3. Die Haltestellenstandorte innerhalb und außerhalb der beiden Gemeinden einschließlich des Gewerbegebietes Nord sind genehmigungsrechtlich zu klären. Eine weitere Erschließung innerhalb von Neuenhagen wurde ausgeschlossen.
4. Die Aufgabenträger haben sich dazu verständigt, dass beide Unternehmen je ein Konzept einschließlich Finanzierungsbedarf für diese Verbindung bis Ende Oktober 2021 den Aufgabenträger vorlegen sollen, was danach durch diese bewertet wird.
5. Ziel ist es, das Ergebnis den Bürgermeistern zu präsentieren und daraus mögliche Finanzierungsfragen diskutieren zu können.

In Abwägung und Klärung o.g. Beratungspunkte sollen dann Entscheidungen für die Realisierung getroffen werden. Gegenwärtig plant der LOS eine weitere Angebots-verdichtung auf der Relation Erkner - Schöneiche in den Früh- und Abendverkehrszeiten entsprechend den Vorgaben aus dem NVP, die im Moment noch nicht finanziell untersetzt sind.

Amt 30 Rechtsamt und Kommunalaufsicht

Das Rechtsamt und die Kommunalaufsicht sind derzeit mit der Organisation der Bundestagswahl beschäftigt. Hier sind die Briefwahl und natürlich der Wahltag selbst vorzubereiten. Dadurch sind die Arbeitskapazitäten bis zum Wahltag doch erheblich ausgelastet. Dies wird sich natürlich nach der Wahl und der nachfolgenden Abwicklung (Rücknahme der Wahlunterlagen, der Wahlniederschriften, etc.) dann wieder entspannen.

Stabsstelle Brand-und Kat-Schutz

Der Regionalleitstellenbereich war, wie andere Einheiten im Land Brandenburg, in das Hochwassergebiet an der Ahr geschickt worden. Die Kameraden haben dort wertvolle Hilfe geleistet, sowohl im Bereich der Gefahrenabwehr, als auch im Bereich der humanitären Hilfe. Sie werden ja noch Gegenstand der Ehrung die heute in der Sitzung vorgenommen werden soll, sein.

Die Erfahrungen die dort gewonnen worden sind, werden auch bei der Katastrophenschutzplanung des Landkreises und deren Fortschreibung Berücksichtigung finden. Auch wenn wir keine vergleichbaren Geländeformationen haben und damit für Starkregenereignisse nicht vergleichbar anfällig sind, wie die betroffenen Regionen, gibt es aber Rückschlüsse auf Kommunikationsstrukturen die ein ganzes Stück gestärkt und auch redundant ausgebaut werden müssen um in einem Katastrophenfall wie hier koordinierte Hilfeleistung in jedem Fall gewährleisten zu können. Der Landkreis hat im Zusammenhang mit dem Befehlsstellenkonzept des Landes, welches durch das Land mehrfach Aufschub erfahren hat, die Anschaffung von Satellitentelefonen geplant, die eine solche Rückfallebene bieten können.

In den vergangenen 30 Jahren wurde auf den Erhalt von Sirenenwarnsystemen im gesamten Bundesgebiet kein Wert mehr gelegt. Sirenenwarnsysteme sind nicht mehr flächendeckend vorhanden. Der Landkreis Oder-Spree wird die (digitale) Ertüchtigung der hier noch vorhandenen Systeme und die Ergänzung in der Fläche durch neue Systeme übernehmen und hierzu die Förderung des Bundes und des Landes in Anspruch nehmen.

Der im Kreistag zu beschließende Ausbau des Übungsgeländes auf dem FKTZ wird gute Übungsvoraussetzungen für die Kameraden der Feuerwehr und des THW schaffen, um gut ausgebildet in Hilfeinsätzen zu gehen.

Amt 11

Das Personalamt ist nach wie vor mit den Personalmaßnahmen zur Unterstützung bei den beiden Pandemien, einmal im Veterinärbereich die ASP und andererseits nach wie vor der Corona-Pandemie, in erheblichen Umfang neben den üblichen Arbeitsaufgaben belastet.

Amt 10

Das Amt für Service hat in Zusammenarbeit mit der Kämmerei die Einführung der elektronischen Akte und der elektronischen Rechnung zu begleiten.

Die entsprechenden technischen wie auch verfahrensmäßigen Vorbereitungen sind abgeschlossen. Das Verfahren ist bei Pilotämtern ausprobiert und wird auf die gesamte Verwaltung ausgerollt. Damit können die gesetzlichen Vorgaben eingehalten werden.

Dezernat III

Sehr geehrte Damen und Herren Kreistagsabgeordnete,

die Monate seit dem letzten Kreistag waren für das Dezernat III sehr bewegt und arbeitsreich. Ein Sommerloch, das in anderen Jahren zu einer gewissen Entspannung über die Urlaubszeit führte, scheint in diesem Jahr ausgefallen zu sein. Besonders belastend hat sich dabei erwiesen, dass sich die Personaldecke in der Verwaltung insgesamt angesichts der anhaltenden Herausforderungen durch die Krisen Afrikanische Schweinepest und Corona-Pandemie sowie durch die Tesla-Ansiedlung an vielen Stellen dünn bis löchrig erweist. Kurz- und mittelfristige Spitzen können anders als bislang nicht über Verstärkung aus anderen Bereichen abgedeckt werden. Zwar ist die Personalgestellung für das Gesundheitsamt über die Sommermonate aufgrund sinkender Inzidenzen zurückgegangen, andererseits wurde diese Zeit gerade durch die in den Krisen eingesetzten Kollegen zum Überstunden- und Urlaubsausgleich genutzt. Eine vollständige Aufgabenerfüllung kann daher aktuell nicht gewährleistet werden. Die noch unsichere Haushaltslage der kommenden Jahre gebietet zugleich eine zurückhaltende Stellenentwicklung. Die Abwägung zwischen diesen widerstreitenden Zielen fordert die Führungskräfte des Dezernats seit nunmehr 18 Monaten in besonderer Weise und durchgehend.

Hochwasserschutz

Am 25. August 2021 fand die alljährliche Deichschau an Oder und Neiße im Landkreis statt. Gemeinsam mit dem für die Deichunterhaltung zuständigen Landesamt für Umwelt und weiteren Akteuren aus dem Katastrophenschutz sowie den örtlichen Ordnungsbehörden wurden die Deiche auf der gesamten Länge befahren bzw. begangen. Es wurden

keine erheblichen Feststellungen in Bezug auf die Deichunterhaltung getroffen, so dass insgesamt von einem guten Zustand der Anlagen ausgegangen werden kann.

In Bezug auf die regionale Maßnahmeplanung zum Hochwasserrisikomanagement gibt es aktuell keinen neuen Stand. Mit Schreiben vom 14. September hat das Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz des Landes Brandenburg (MLUK) mitgeteilt, dass es das Auslegungsverfahren zur Festsetzung des Überschwemmungsgebiets der Oberen Spree wieder aufzunehmen beabsichtigt. Im Landkreis Oder-Spree ist hiervon nur ein kleiner Abschnitt der Oberen Spree von der Kreisgrenze bis zum Schwielochsee betroffen. Insgesamt umfasst das Überschwemmungsgebiet den Verlauf der Oberen Spree ab Spremberg mitsamt des Spreewaldes. Das Überschwemmungsgebiet der Unteren Spree vom Schwielochsee bis an die Berliner Stadtgrenze wurde bereits im Jahr 2017 festgesetzt. Der genaue Beginn der Auslegung zum Festsetzungsverfahren für das Überschwemmungsgebiet der Oberen Spree liegt indes noch nicht vor. Dieses wird nach entsprechender Weisung durch das MLUK durch den Landkreis mindestens im Amtsblatt und im Internet bekannt gegeben.

Tesla

Nach dem Ende der Einwendungsfrist zur dritten Öffentlichkeitsbeteiligung im immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren zur Automobilfabrik haben sich die zuständigen Behörden mit den vorgebrachten Einwendungen beschäftigt. Die entsprechende Synopse wird zum Zeitpunkt des Kreistags fertiggestellt sein. Die Online-Konsultation soll zum Zeitpunkt der Berichterstattung voraussichtlich am 24. September beginnen. Hierbei haben die

Einwender die Möglichkeit, ihre Argumente unter Berücksichtigung der Stellungnahmen der Behörden und des Vorhabenträgers noch einmal zu konkretisieren bzw. näher zu erläutern. Auf Basis der erneuten Einwendungen werden die zuständigen Behörden ihre abschließenden Stellungnahmen zum Vorhaben abgeben, auf deren Grundlage das Landesamt für Umwelt dann über den Antrag entscheiden wird.

Unterdessen wurden zwei weitere Zulassungen des vorzeitigen Beginns nach § 8a BImSchG (ZvB) beschieden. Die 16. Zulassung beschäftigt sich insbesondere mit der Regenentwässerung inklusive der Sedimentations- und Versickerungsbecken. Die 18. Zulassung beinhaltet vor allem Rohbaumaßnahmen zur Erweiterung der bisherigen Gebäude. Zudem schlägt sich die beantragte Umnutzung der Lagerhalle in eine Batteriefabrik nunmehr auch über eine vorzeitige Zulassung im immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren nieder. Derzeit stehen noch die Bescheidung der 17. und der 19. ZvB aus. Die parallele Bearbeitung des Hauptantrags und der ZvB stellt eine besondere Herausforderung für die Genehmigungsbehörden des Landkreises dar.

Am 09. Oktober beabsichtigt das Unternehmen die Durchführung eine sogenannten "County Fair", also Jahrmarktes, auf dem Werksgelände. Die Kreisverwaltung begrüßt, dass sich das Unternehmen damit stärker als bisher öffnet und das eigene Vorhaben transparent macht. Bei der Organisation der Veranstaltung ist insbesondere das Dezernat III mit dem Amt für Straßenverkehr und Ordnung sowie dem Umweltamt als Genehmigungsbehörden betroffen. Weitere wichtige Prüfaufgaben fallen dem Gesundheitsamt und dem Amt für Brand- und Katastrophenschutz zu. Aufgrund der aktuellen Corona-Umgangsverordnung wird die

Teilnehmerzahl trotz der Weitläufigkeit des Geländes begrenzt sein. Das bereits Mitte September freigeschaltete System zur Voranmeldung für die Veranstaltung lässt auf ein großes Interesse schließen. Das Unternehmen hat erklärt, vor allem Menschen aus der Region bzw. aus dem direkten Umfeld des Werks eine Chance zur Teilnahme geben zu wollen.

Amt für Straßenverkehr und Ordnung

Nach der sog. Dritten EU-Führerscheinrichtlinie (Richtlinie 2006/126/EG des Europäischen Parlaments und des Rates über den Führerschein sind bis zum 19.01.2033 alle vor dem 19.01.2013 ausgestellten Führerscheine umzutauschen ("Pflichtumtausch"). Auf diese Weise soll sichergestellt werden, dass alle in der EU noch im Umlauf befindlichen Führerscheine ein einheitliches Muster erhalten, das insbesondere aktuelle Anforderungen an die Fälschungssicherheit erfüllt. In Deutschland staffelt sich der Zeitpunkt des Umtauschs nach dem Geburtsjahr der Erlaubnisinhaberin bzw. des Erlaubnisinhabers und dem Tag der Ausstellung. Bis zum 19. Januar 2022 müssen zunächst die Führerscheine der Geburtsjahrgänge 1953 bis 1958 umgetauscht werden, sofern diese bis einschließlich 31. Dezember 1998 ausgestellt wurden. Im Landkreis betrifft dies etwa 9.000 Erlaubnisinhaberinnen und -Inhaber. Ein Mitarbeiter kann monatlich rechnerisch etwa 600 Anträge bearbeiten, ohne Berücksichtigung von Urlaub und ggf. Krankheit. Um diesen Mehrbedarf abzudecken, sollte eine Kollegin bereits ab März 2021 eingearbeitet werden, um dann zusammen mit einem weiteren Kollegen ab Mai mit dem Umtausch zu beginnen. Damit wäre der fristgerechte Umtausch rechnerisch schaffbar gewesen. Leider musste die vorgesehene Kollegin im Rahmen der Bewältigung der Corona-Pandemie eingesetzt werden, so dass ihr Einsatz erst im September

erfolgen konnte. Parallel sind in der Führerscheinstelle 2 Kollegen längerfristig erkrankt. Hierfür wurde eine Kollegin für die Dauer von 6 Monaten in die Führerscheinstelle delegiert, die sich derzeit in die Behandlung von Ersterteilungsanträgen einarbeitet, um die übrigen Kollegen zu entlasten. Trotz der zusätzlichen Aufgabe Pflichtumtausch und des großen Antragsstaus ist die Führerscheinstelle personell kaum so aufgestellt, wie vor dem Beginn des Pflichtumtausches. Dies wirkt sich zwangsweise auf die Terminvergabe aus. Aktuell besteht hier ein Vorlauf von ca. 3 Monaten, der sich auch auf die anderen Leistungen der Führerscheinstelle auswirkt. Besonders betroffen sind dabei Inhaber von "LKW-Führerscheinen" (Klassen C1, C1E, CE79, C, CE), die regelmäßig verlängert werden müssen.

Um hier Abhilfe zu schaffen, wird kurzfristig ein Mitarbeiter aus einem anderen Bereich eingesetzt. Ein entsprechender Arbeitsplatz wird bereits vorgehalten.

Die Situation in der Führerscheinstelle wirkt sich auch auf die Zulassungsstelle aus. Aufgrund des langen Terminvorlaufs besteht ein erhöhter Beratungsbedarf an der Hotline des Amtes für Straßenverkehr und Ordnung. Diese wird aktuell durch das Sekretariat des Dezernates III (2 Mitarbeiterinnen) sowie durch eine Mitarbeiterin oder einen Mitarbeiter der Zulassungsstelle - jeweils im Wechsel - besetzt. Durch das hohe Anrufaufkommen leidet die Abarbeitung von Zulassungsvorgängen. Zwei Kolleginnen der Zulassungsstelle haben die Möglichkeit genutzt, sich intern und extern beruflich weiterzuentwickeln und werden die Zulassungsstelle im Oktober verlassen. Die Kollegen, die zur Abarbeitung des Antragsstaus vorübergehend in der Zulassungsstelle eingesetzt wurden, haben an anderen Stellen der Verwaltung Verwendung gefunden. Wenn auch die Terminsituation in

der Zulassungsstelle aktuell zufriedenstellend ist, müssen wir hier nachsteuern, um nicht wieder in den Rückstand zu geraten.

Für das hohe Aufrufaufkommen soll noch im Oktober die Schaffung einer zentralen Hotline für verschiedene Anliegen von Bürgern in der Kreisverwaltung geschaffen werden. Hier werden voraussichtlich 4 bis 5 Mitarbeiter eingesetzt, die damit die Führerscheinstelle und die Zulassungsstelle entlasten. Die frei werdenden Stellen in der Zulassungsstelle werden kurzfristig nachbesetzt - entweder intern oder extern. Sofern es zu einem Flaschenhals kommen sollte, werden eingearbeitete Mitarbeiter vorübergehend in die Zulassungsstelle deligiert, die derzeit in anderen Funktionen in der Verwaltung tätig sind.

Dezernat IV

Am 10.09.2021 jährte sich der Tag der amtlichen Feststellung des ersten ASP Verdachtes in Deutschland nach positiven Laborbefunden bei Knochen, die in Sembten, SPN gefunden wurden.

Seitdem laufen intensive Bekämpfungsmaßnahmen gegen diese Tierseuche, um die Gesundheit der Wildpopulation in Richtung Westen nicht weiter zu gefährden und um insbesondere die Tiergesundheit der Hausschweinbestände zu schützen!

Per heute wurden durch die Fallwildsuche mit den Jägern, Kräften der Landkreise, der Bundeswehr, des THW, der Feuerwehr, Kadaversuchenden, Drohnentechnik und Hubschraubereinsätzen über 1000 Stücken Fallwild gefunden, durch die MA des Bergeteams beprobt und geborgen und unschädlich beseitigt. Im LK Oder-Spree waren von den 1000 Stücken allein 817 positiv.

Damit ist eine der drei Hauptsäulen der Bekämpfung – Auffinden und Entnahme der Kadaver aus der Natur in sehr hohem Umfang und mit

sehr guter Qualität hinsichtlich Vermeidung der Verschleppung des Virus von Fundorten unter oft schwierigen Bedingungen realisiert worden.

Zur Verringerung der Ausbreitungstendenz wurden 200 km vorläufiger Zaun in Form von E-Zaun und Bauzaun und 600 km Festzaun errichtet, mit über 500 Toren versehen, auf Funktionsfähigkeit kontrolliert und instand gehalten!

Damit wurden Teilpopulationen gebildet, die nun vorwiegend in den weißen Zonen um die Kerngebiete vollständig entnommen werden müssen, um den Fortgang der Tierseuche zu stoppen, diese Aufgabe liegt bei den Jägern des Landkreises und wird zur Zeit durch Begleitung jeder Erntemaßnahme sehr intensiv durchgeführt. Negativ auf ASP untersuchte Tierkörper können als Lebensmittel verwertet werden, sie dürfen jedoch die Restriktionszonen, in denen sie gefallen sind, nicht verlassen.

In den Kerngebieten 1 Neuzelle und 3 Oelsetal/Schlaubetal konnten aufgrund gesunkener Fallwildzahlen die angeordneten Maßnahmen bereits gelockert werden, so ist hier das Betreten zum Wandern und Radfahren wieder erlaubt.

Für die Änderung des Status dieser Kerngebiete dürfen 6 Monate keine positiven Befunde vorliegen,

das ist die Aufgabe bis zum Herbst! Daran anschließend wird es in allen Kerngebieten um die Rückdrängung des Seuchengeschehens in östliche Richtung gehen. Dazu werden mit den im letzten Jahr gemachten Erfahrungen alle erfolgreichen Maßnahmen mit hoher Intensität umgesetzt.

Die Schaffung einer Sicherheitszone im gesamten Grenzverlauf zu Polen zwischen Sachsen und Mecklenburg/Vorpommern wird die

Voraussetzung schaffen, dem weiteren Infektionsdruck aus Westpolen stand zu halten.

Im VLÜA wird inzwischen versucht um zu setzen, das alle MA des Krisenzentrums auch wieder teilweise ihre regulären Arbeitsaufgaben wahrnehmen, die im letzten Jahr auf ein absolutes Minimum reduziert werden mussten.